

Arbeitsgemeinschaft
Deutscher
Bewährungshelferinnen und Bewährungshelfer eV

ADB eV, Hans Gerz, Extumer Weg 10, 26603 Aurich

Stadtsparkasse Gladbeck, Kto.-Nr. 66043, BLZ: 42450040
Tel 04941 61928 und 131782 oder 61929 FAX
www: bewaehrungshilfe.de
e-mail ADBeV.HansGerz@t-online

Entwurf

Berlin, 10.10.2003

Berliner Erklärung zur Privatisierung der Bewährungshilfe

Die Bewährungshilfe wird in diesem Jahr 50 Jahre alt. Sie hat sich zu einem sehr erfolgreichen justiz- und kriminalpolitischen Instrument entwickelt. Die Aussetzung einer Freiheitsstrafe, bzw. eines Strafrestes zur Bewährung ist aus der jetzigen Rechtsprechung nicht mehr fortzudenken.

Die sozialen Dienste der Justiz, insbesondere die Bewährungshilfe, stellen die im Strafgesetz vorgegebenen Betreuungs- und Kontrollaufgaben der Verurteilten, sicher.

Bewährungshelfer erledigen ihre Aufgaben effektiv und an den Erfordernissen des Einzelfalles orientiert. Die Einbindung der Bewährungshilfe in die Justiz und die damit verbundene Stattsicherheit erweist hinsichtlich ihres Erfolges sich als nicht ersetzbar.

Die Delegiertenversammlung der ADBeV hat erhebliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der geplanten Privatisierung der Bewährungshilfe in Baden-Württemberg. Die unter dem Diktat des Sparzwangs der öffentlichen Kassen geborene Idee der Privatisierung, lehnt die Delegiertenversammlung ab. Nennenswerte Einsparungen können nicht erzielt werden. Die anzusetzenden Sachkosten werden die öffentlichen Kassen in vergleichbarer Höhe belasten, wie die jetzigen Personalkosten. Durch die Privatisierung würde jedoch eine gewachsene Struktur zerstört und die Aufgabenerledigung der künftigen Bewährungshilfe von Leistungsvereinbarungen abhängig. Wohin das führt, sieht man ja im Pflegebereich.

Die Delegiertenversammlung der ADBeV ist für qualitative Verbesserungen innerhalb des bestehenden Systems und sieht deren Notwendigkeit. Einen Systemwechsel, einzig um des Sparens willen, wird seitens der Bewährungshelfer grundsätzlich abgelehnt. 98 Prozent der bundesdeutschen Richter lehnen laut einer repräsentativen Richterbefragung der ADBeV, die Privatisierung der Bewährungshilfe ebenfalls ab.

Gerz
Bundesvorsitzender

Delegiertenversammlung, Berlin, 10.10.2003